::: G8-GIPFEL STOPPEN ::::::::::::::::::::::::::::::::::::



Beiträge und Bestellungen an anti.G8@web.de

Nr.3 // März 2007

RABATZ

Gegen **G8, Imperialismus und Krieg**

Aktionstage zum kommenden G8 Gipfel in Heiligendamm

8. März - Internationaler Frauenkampftag | 18. März - Kampftag der politischen Gefangenen | 20. März - Jahrestag des Angriffskrieg gegen den Irak

KRIEG

FREIHEIT

::::: Zeitung gegen den G8- Gipfel::::::::::::::::::::::::

:::INTRO:::

Es wird viel passieren...

Im Monat März findet die Aktionswoche des Anti-G8-Bündnisses Magdeburg statt. Der Auftakt bildet am 08. März, dem internationalen Frauenkampftag, die Infoveranstaltung zum Thema Frauenhandel und Zwangsprostitution folgend von der Infoveranstaltung am 11. März zu Gefangene in Irland und dem irisch republikanischen Befreiungskampf. Am Tag der politischen Gefangenen – 18.März – mobilisieren wir zu einem internationalen Kongress in Big Berlin. Also liebe Leute, ihr findet in dieser Ausgabe expliziete Hinweise, Aufrufe und Termine zur Aktionswoche.
Der März wird heiß, also macht was...

Sorry, dass die Schriftgröße relativ klein geraten ist, aber es ist ja auch immer alles ne Kostenfrage! Daher nochmal an dieser Stelle erwähnt, wir sind immer für Spenden offen und dankbar! Redaktionsschluss für die 4. Ausgabe wird der 05. Mai sein. Seid kreativ und sendet Eure Artikel, Ideen etc. an anti.G8@web.de

Euer Redaktionsteam

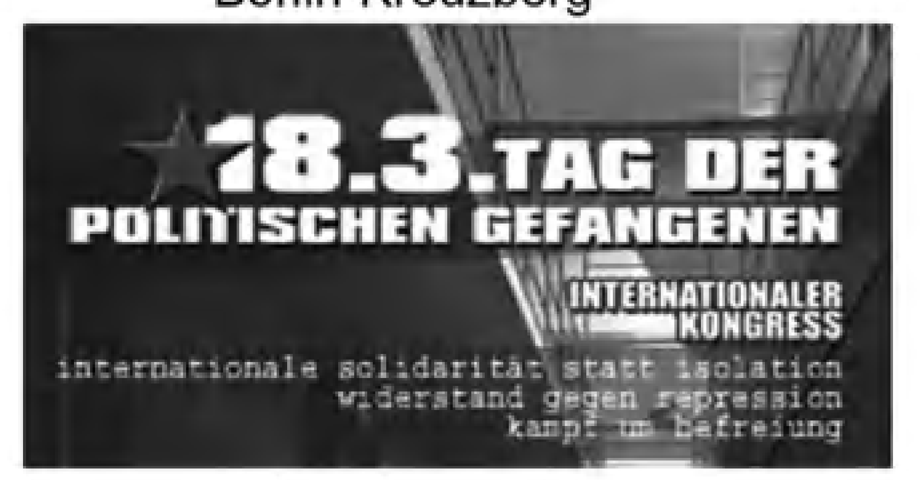


:::Inhalt:::

Internationaler Kongress zum Tag der politischen Gefangenen / in Berlin

"Internationale Solidarität statt Isolation! Widerstand gegen Repression! Kampf um Befreiung!"

18.März 2007, 16.30 h, Statthaus Böcklerpark, Prinzenstrasse 1
Berlin-Kreuzberg



ReferentInnen:

16.30 h

Italien: CCCPSRI [Genossinnen und Genossen für den Aufbau der Roten Hilfe in Italien]
(Thema: Politische Gefangene aus den Roten Brigaden)

Spanien: Rote Hilfe International Spanien
(Thema: Politische Gefangene aus der Grapo/PCE(r))

Baskenland: Vertreter der baskischen Jugendbewegung
(Thema: Politische Gefangene und aktuelle Situation im Baskenland)

Griechenland: Heike Schrader [Journalistin/Athen]
(Thema: Prozesse gegen die "revolutionäre Organisation 17. November")

18.30 h

Schweiz: Rote Hilfe International

Österreich: Internationale PLattform gegen Isolation [IPAI]
(Thema: "Anti-Terror-Gesetze" und "Schwarze Listen")

BRD: Anti G8-Bündniss für eine revolutionäre Perspektive
(Thema: Repression & G8)

20.30 h

BRD: Ehemalige RAF-Gefangene, Heinrich Fink [VVN-BdA]
(Thema: 30 Jahre Stammheim)

Türkei: Vorsitzender von Istanbul TAYAD
(Thema: Widerstand gegen Isolation)

Frankreich: Komitee zur Befreiung von Georges Ibrahim Abdallah
(Thema: Politische Gefangene aus der FARL und Action Directe)

USA: Jürgen Heiser [IVK Bremen]
(Thema: Der Fall Mumia Abu-Jamal und die Black Panther-Gefangenen)

Moderation: Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen

Aufruf:

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit -
Die Isolation mit internationaler Solidarität beantworten!

Am 18. Oktober 1977 sind die drei politischen Gefangenen aus der RAF Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe im Hochsicherheitsgefängnis Stuttgart-Stammheim tot aufgefunden worden. Der Staat behauptet weiterhin, es war Selbstmord. Das war vor 30 Jahren. Es gibt immer noch drei (Christian Klar, Eva

Haule und Birgit Hogelfeld) politische Gefangene aus der RAF die jahrelang schwerster Isolationshaft ausgesetzt waren. Der deutsche Staat übt an diesen Gefangenen Rache dafür das sie ihn mit ihrer militanten politischen Praxis in Frage gestellt haben. Sie werden nicht freigelassen, da sie sich ihre revolutionäre Identität bewahrt haben. Doch Stammheim steht nicht nur für "Isolationsfolter" und den Tod von politischen Gefangenen in der BRD, das Modell Stammheim wird international exportiert, zum Beispiel in die Türkei. Nach Auflagen der Europäischen Union wurden dort am 19. Dezember 2000 die F-Typ Isolationsgefängnisse nach dem "Prinzip Stammheim" eröffnet. Bei der Verlegung der politischen Gefangenen in die F-Typen wurden 28 Gefangene ermordet. 6 Jahre kämpften die politischen Gefangenen der Türkei mit einem "Todesfasten" gegen die mörderischen Haftbedingungen. Nachdem der Staatsapparat der Türkei einen Schritt zurückwich und die Zusammenlegung von bis zu 10 politischen Gefangenen akzeptierte, wurde der Todesfastenwiderstand am 22.Januar 2007 nach 6 Jahren ausgesetzt. In dem 6jährigen Gefangenwiderstand verloren 122 Menschen ihr Leben. Doch auch in den Kernländern Europas werden Menschenrechte mit Füssen getreten. In Frankreich sitzen die Gefangenen aus der Action Directe aus ähnlichen Gründen wie die Gefangenen der RAF unter extrem harten Bedingungen im Knast. Ihre Haftstrafen sind schon lange abgesessen, doch sie werden aus politischen Gründen weiter festgehalten. Des weiteren werden Militante aus dem Spektrum der(n)PCI (Italien), der GRAPO/PCE(R) (Spanien), sowie über 200 politische Gefangene aus dem Baskenland, der Bretagne und aus dem arabischen Raum in den Knästen festgehalten. Auch der revolutionäre Kommunist aus dem Libanon, George Ibrahim Abdallah, sitzt seit 22 Jahren im Knast. Das Signal der Herrschenden ist eindeutig er soll im Knast bleiben, solange er nicht abschwört.

Repression und Isolation finden ebenfalls in Italien statt. Durch das italienische "Gesetz 41 bis", sollen politische Gefangene und deren Umfeld maximal isoliert werden. Für die Gefangnen heißt das im Klartext Beschränkung der Anzahl der Bücher und Zeitschriften, Besuche mit Trennscheibe, Telefonate mit Angehörigen nur aus überwachten Polizeikasernen.

Zum Gesetz "41bis" gehört auch der Prozess per Videokonferenz. Der Angeklagte verfolgt den Prozess auf einem Monitor in der Zelle eines Knastes, alleine oder gelegentlich mit einem Anwalt. Der Angeklagte kann somit nicht mehr bzw. nur unwesentlich in den Prozess eingreifen. Damit wird eine politische Prozessführung und die Organisation von Kollektiven verhindert, da jede/r einzelne in den Gefängniszellen isoliert ist.

Seit Jahrzehnten kämpfen die Menschen im Baskenland für ihr Selbstbestimmungsrecht, ebenso lange werden ihre Forderungen mit Repression, Verfolgung und Folter beantwortet. Noch immer sind mehr als 2000 Basken weltweit auf der Flucht. Es gibt über 700 Gefangene, die über mehrere Staaten verstreut sind.

Die meisten sind in Spanien inhaftiert, sie sitzen dort in über 84 Gefängnissen. 60% Prozent von ihnen befinden sich in Isolationshaft und viele werden misshandelt und gefoltert. Die Rachepolitik gegen Inaki De Juana, der seit über 3 Monaten im Hungerstreik ist, und die Illegalisierung und Kriminalisierung der Jugendbewegung SEGI sind die jüngsten Beispiele vom Ausnahmezustand im Baskenland.
In Griechenland läuft seit über einem Jahr das Berufungsverfahren gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Stadtguerilla-Organisation "17 November" mit dem einzigen Ziel die Verurteilungen zu bestätigen. In erster Instanz wurden zum Teil lebenslängliche Haftstrafen verhängt, basierend auf unter Folter erzwungenen Aussagen. Die Haftbedingungen der seit Sommer 2002 in Isolation gehaltenen Gefangenen haben sich unterdessen nicht entscheidend geändert.
Diese Isolationspraktiken und inakzeptablen Bedingungen in den Gefängnissen Europas führen immer wieder zu Aufständen, wie nicht zuletzt der gemeinsame Widerstand Dutzender Irisch-republikanischer Gefangener aus verschiedener Organisationen kürzlich gezeigt hat.
Doch nicht nur in Europa, rebellieren die politischen Gefangenen und ihre UnterstützerInnen gegen die staatliche Politik der Isolation und Repression. Weltweit werden Menschen aufgrund ihrer politischen Aktivitäten verfolgt, weggesperrt, gefoltert und getötet. Und Weltweit gibt es Widerstand. In israelischen Gefängnissen, in denen die palästinensischen Gefangenen unmenschlichen Praktiken ausgesetzt sind, befinden sich mehr als 10.000 Gefangene. In Latein- und Nordamerika, wo neben den fünf kubanischen politischen Gefangenen etliche weitere wie Leonard Peltier und ehemalige Black Panthers z.T. seit über 30 Jahren gefangen sind, befinden sich die politischen Gefangenen für z.T. Jahrzehnte in Isolationshaft. Für Mumia Abu-Jamal, der seit 1981 in der Todeszelle sitzt, ist dieses Jahr entscheidend, denn es geht um die Wiederaufnahme des Prozesses und seine Freilassung - oder aber um die Bestätigung des Todesurteils und seine Hinrichtung.
Die Herrschenden wissen, dass ihre Ausplünderung der Welt in Form von ökonomischen Raubzügen und Angriffskriegen politischen Widerstand erzeugt, für dessen Bekämpfung ihnen jedes Mittel Recht ist. Seit dem 11.September nutzen die imperialistischen Staaten dafür u.a. die so genannten "Schwarzen Listen" und "Anti-Terror-Gesetze". Diese ermöglichen eine länderübergreifende Verfolgung politisch Oppositioneller. In diesem Rahmen fanden nach den erst neulich durchgeführten Repressionswellen in

Dänemark und Belgien, Razzien- und Verhaftungswellen in der BRD statt, wobei die Verhafteten wegen Mitgliedschaft in der DHKP-C mit Hilfe des Anti-Terror-Paragraphen § 129b verurteilt werden sollen. In der Türkei dauert der Staatsterror mit den im Juni 2006 erlassenen Anti-Terror-Gesetz TMY an.Nach der international angelegten Repressionswelle gegen die DHKP-C vom 1. April 2004, setzte der Staatsapparat der Türkei seine politische Verfolgung fort und führte im September 2006 unter der Bezeichnung "Operation gegen die MLKP" landesweit Durchsuchungs- und Verhaftungswellen durch. In der Türkei wird die willkürliche Inhaftierung von politischen Gefangenen praktiziert, wobei die Gefangenen z.T. bis zu 6 Monaten ohne Anklageschrift festgehalten werden.
Immer mehr Oppositionelle werden im Namen des "Kampfes gegen den Terrorismus" als "Terroristen" gebrandmarkt. Dabei werden die Menschen mit "gut" oder "böse" bzw "systemtauglich" oder eben nicht etikettiert.In erster Linie soll damit eine Spaltung vorangetrieben werden, die sich in Isolation und Vereinzelung ausdrückt.
Weil die Herrschenden Widerspruch und Dissidenz nicht ertragen können, werden wir auch vor dem G8 Gipfel 2007 Anfang Juni in Heiligendamm mit zunehmenden Angriffen auf organisierte Strukturen rechnen müssen. Damit wird das Ziel der Abschreckung Anderer sich an den Protesten zu beteiligen bzw. sich nicht zu solidarisieren verfolgt.
Die Isolation zwischen den Kämpfenden innerhalb der Knäste und denen außerhalb der Knäste, aber auch Isolation von revolutionären Kräften und dem Rest der Gesellschaft sind eine Grundvoraussetzung für das bestehen kapitalistischer Staaten. Sie erfüllen den Zweck der Verhinderung von organisierten und breiten Widerstand.
Deshalb wird diese Isolationspolitik und Internationalisierung der kapitalistischen Ausbeutung mit verschiedenen Mitteln vorangetrieben. Sie wird erkennbar in der imperialistischen und neokolonialistischen Vorherrschaft, aber auch in der internationale Vernetzung der Militär-, Geheimdienst-, Polizei-, Medien-, Bildungs-, und Flüchtlingspolitik. Weil die Frage der politischen Gefangenen mit der kapitalistischen und neokolonialen Ausbeutungsverhältnissen zentral verknüpft ist, muss die internationale Solidarität mit den Gefangenen ein wichtiger Bestandteil des Kampfes für eine Welt frei von Ausbeutung und Unterdrückung sein. Deshalb wollen wir mit euch zusammen am 18.März auf einem internationalen Kongress in Berlin nach Wegen suchen die Internationale Solidarität zu verstärken und unserem Widerstand Ausdruck zu verleihen.

www.political-prisoners.net
network
freedom for all political prisoners

Internationale Solidarität statt Isolation
Widerstand gegen Repression
Kampf um Befreiung

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen

<u>Interview mit der AAMD</u> 

Die Rabatz- Radaktion führte ein Interwiev mit einer VertreterIn der Autonomen Antifa Magdeburg durch. Darin geht es um eine Auswertung ihrer Aktionen der vergangenen Monate. Dieses drucken wir nun hier ab.

<u>Rabatz</u>: Hey AAMD, mit den Demos am 13.1 und am 3.2 habt ihr innerhalb von drei Wochen zwei Demonstrationen in Magdeburg veranstaltet.
Wie wertet ihr die Demos und sind sie für euch erfolgreich verlaufen?
<u>AAMD:</u> Hallo. Aufgrund der verschiedenen Anlässe müssen wir die Demos unterschiedlich betrachten. Am 13.1 war es eine Gegenaktion zum Naziaufmarsch und am 3.2 war es eine Gedenkdemo anlässlich des 10. Todestag von Frank Böttcher. Des Weiteren ist eine selbstkritische Betrachtung notwendig, um Fehler zu erkennen und diese zu beheben.
<u>Rabatz:</u> Ok, dann fangen wir am besten am 13.1 an.
<u>AAMD:</u> Unser Ziel dieser Demo war, den Naziaufmarsch zu blockieren und zu verhindern. Da wir den Naziaufmarsch lediglich für eine Stunde an einer Kreuzung blockiert haben, können wir hier nicht von einem Erfolg sprechen. Die Organisation im Vorfeld verlief im Großen und Ganzen ohne größere Probleme. Die Mobilisierung verlief ebenfalls gut. Wir hatten vorher noch Mobilisierungsveranstaltungen in Berlin und Braunschweig, wodurch wir neue Leute kennen gelernt haben.
Auf der Demo waren dann ca. 350 Antifas und Punks, für Magdeburger Verhältnisse zurzeit durchschnittlich. Die Demo verlief lautstark und kämpferisch.
Negativ waren die technischen Probleme, weshalb wir auch keine Redebeiträge halten konnten. Nachdem die Demo beendet wurde, haben die Bullen uns gekesselt und so dezentrale Aktionen durch das riesige Bullenaufgebot verhindert. Außerdem erhielten alle Demonstranten einen Platzverweis für das Innenstadtgebiet von Magdeburg.
<u>Rabatz:</u> Ja und wie würdest du dann die Demo am 3.2 werten?
<u>AAMD:</u> Diese hatte ja den 10. Todestag von Frank Böttcher und allen anderen Opfer faschistischer und rassistischer Gewalt zum Anlass. Bereits am Vorabend gab es in der Innenstadt eine Auseinandersetzung mit mehreren Nazis. Danach wurden ca. 30 Linke verhaftet und bekamen einen Platzverweis für die Demo. Auf die Mobilisierung wirkte sich auch die kurze Zeit zwischen den Demos auf. Außerdem kommt noch die Hetzte der Antideutschen hinzu und somit waren an der Demo ca. 250 Antifas und Punks beteiligt. Auch die Demo verlief lautstark und ohne Zwischenfälle zum Frank-Böttcher Gedenkstein und wieder zurück nach Stadtfeld. Nachdem wir die Demo aufgelöst hatten, ging noch eine Straßenbahnscheibe zu Bruch.
<u>Rabatz:</u> Anderes Thema: Kannst du mal kurz das Problem mit den Antideutschen in MD erklären?
AAMD: Also Magdeburg war, ist und wird auch immer eine internationalistische Stadt bleiben.

Das AIP (Antifaschistisches Infoportal)ist eindeutig antideutsch, so verteilten sie bereits im letzten Jahr den rassistischen Text „Ist dir kalt oder hast du was gegen Juden“ bei einem Konzert an Jugendliche. Außerdem veranstaltete das AIP am 27.1 eine Veranstaltung, welchen sie als Anlass nahmen, um einen antisemitischen Überfall unsererseits zu erfinden. Diese Leute sind halt nur lächerlich.

Rabatz: Wie sieht die Nazilage zurzeit in Magdeburg aus?

AAMD: In Magdeburg konnten die Nazis in letzter fast immer ihre Veranstaltungen durchführen. 2007 gab es am 13.1 die Nazidemo mit 400 Nazis, am 15.1 eine Nazikundgebung mit ca. 50 Teilnehmer, am 16.1 waren 6 Nazis bei der städtischen Kranzniederlegung und anschließend veranstalteten sie eine Kundgebung bei Oberbürgermeister Trümper, da dieser den Nazikranz entfernen ließ. Außerdem hielten am 13.2 70 Nazis eine Mahnwache in der Innenstadt ab.

Um den Nazis offensiv entgegen zutreten müssen wir lokale Antifaschistische Strukturen stärken, deshalb wird es in nächster Zeit ein offenes Treffen für interessierte Jugendliche geben. Weitere Infos werden auch auf unserer Homepage folgen.

Rabatz: Also zusammenfassend würdest du was sagen?

AAMD: Ich persönlich fand die zwei Demos, wenn man sie unter den derzeitigen Umständen betrachtet, doch recht in Ordnung. Wir sind eine sehr junge Gruppe, mit nicht vielen Mitglieder und wenn man denn die Aufgaben auf ein Minimum verteilen kann, haben dann doch alle Komponenten zusammen gewirkt, um akzeptable Demos zu veranstalten.

www.aamd.de.md



Foto von der diesjährigen Frank Böttcher Demo



Menschen ohne Papiere in Sachsen/Anhalt

„Das Schlimmste ist, und es tut uns leid dies sagen zu müssen, aber das Schlimmste ist, dass wir als Menschen im 21. Jahrhundert mit Methoden des Jahrhunderts der Lager zum Ver raten unserer selbst gezwungen werden sollen. Bilder der vollen Flüchtlings- und Gefangenen lager sind immer sehr eindrucksvoll, wenn sie aus der Ferne kommen.
Wir leben hier in Halberstadt in einem Ausreise lager...von Ausländerbehörden nach einem uns nicht erkennbaren Schlüssel ausgewählt und eingewiesen, unter anderem deshalb, weil wir "gewaltlos sind, sozial verträglich" wie es im Amtsdeutsch heißt - Halberstadt zumutbar.
Wir wollen als Menschen die Sehnsucht nach Freiheit nicht nur in den Köpfen haben sondern leben.“ Menschen aus dem Lager.“

Durch das Innenministerium von Sachsen-Anhalt wurde vor vier Jahren eine so genannte „Zentrale Ausreiseeinrichtung“, in der offiziellen Terminologie der Behörden auch mit GU- ZASt (Gemeinschaftsunterkunft- Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) bezeichnet, in Halberstadt eingerichtet. Die Zielstellung bestehe darin, durch eine „intensive soziale Betreuung“ die „Mitwirkungspflicht bei der Passersatzbeschaffung“ durch die Flüchtlinge zu erreichen.
Das Abschiebelager befindet sich abgeschieden außerhalb von Halberstadt. Gemeinsam mit der ZASt ist es in einer ehemaligen Kaserne der NVA untergebracht. Die Mehrbettzimmer, in denen die Flüchtlinge leben müssen, wurden seit 1989 nur notdürftig renoviert.
Die Maßnahmen der „intensiven sozialen Betreuung“ bestehen unter anderem darin, dass die Residenzpflicht* strikt auf die Stadt Halberstadt begrenzt wird. In der Verschärfung des Erlasses zur Ausreiseeinrichtung wurde besonders verfügt, dass Urlaubsanträge „sehr restriktiv zu handhaben seien.“ Die Duldung müssen sich die Flüchtlinge wöchentlich, teilweise sogar im Tagesrhythmus verlängern lassen.
Die Menschen in der Abschiebeeinrichtung werden permanent verhört. Auf der Grundlage höchst zweifelhafter Sprachgutachten soll ihre angebliche Identität geklärt werden.
Die medizinische Versorgung wird nur für das allernotwendigste gewährt. Es gibt keinen Arzt/Ärztin im Lager, sondern nur eine Krankenschwester, von

der sich die Flüchtlinge begutachten lassen müssen, um über einen sehr bürokratischen Weg einen Krankenschein zu erlangen. Dann müssen sie sich auf einem ca. 7 km langen Fußmarsch begeben, um endlich vom zuständigen Arzt behandelt zu werden.
Viele Flüchtlinge im Lager sind krank. Neben physischen Leiden stehen vor allem die psychischen im Vordergrund, wie Schlafstörungen, Angst und Depressionen. John Williams, der zwei Jahre im Ausreiselager lebte, verstarb am 4.April 2004. Bis heute ist die Frage, welche Auswirkungen die Lebensbedingungen vor Ort auf seinen Krankheitsverlauf hatten, nicht vollständig geklärt.
Eine weitere Verschärfung der Situation ergibt sich aus der Tatsache, dass die Menschen im Abschiebelager keine finanzielle Mittel erhalten. Die Sachleistungen sind völlig ungenügend, um ein halbwegs menschenwürdiges Leben führen zu können. Die Menschen erhalten kein Geld. Das seit vier Jahren. Briefmarken und Busfahrscheine oder Schreibpapier erhalten sie ebenfalls nicht.
„Ein Leben wie die Tiere, für Essen und Schlafen ist gesorgt", so L., ein Mensch aus dem Abschiebelager. L selbst wurde im Jahre 2006 in einer Nacht und Nebelaktion abgeschoben.
Die Zielstellung des Lagers ist eindeutig. Die Flüchtlinge sollen solange sanktioniert werden, bis sie eine Identität annehmen, die sie abschiebefähig macht. Die Maßnahme ist im Gegensatz zur Abschiebehaft zeitlich unbefristet und unterliegt keiner „demokratischen" Kontrolle. Bezeichnend ist deshalb die Aussage des Innenministers von Sachsen-Anhalt, der am 18.01.04 stolz verlauten ließ, dass bereits „...bis zum Stichtag 52 Personen freiwillig ausgereist bzw. untergetaucht" sei. Nach neueren Planungen sollen bald 250 Menschen in die „Ausreiseeinrichtung" eingewiesen werden. Über 50 % der eingewiesenen Flüchtlinge haben inzwischen ein Leben in der Illegalität begonnen, und das ist offensichtlich auch, durch das Innenministerium, so gewollt
Diese Abschiebeeinrichtung ist ein Moment in der Realisierung des Konzeptes der Festung Europas. In die Metropole sollen ausschließlich diejenigen Menschen gelangen, die im Sinne der Kapitallogik verwertbar sind. Durch die Grenzschutzagentur der EU werden die Außengrenzen zu Europa militärisch abgesichert. Flüchtlinge sollen zunehmend in Außenlagern isoliert werden. Dort wollen dann die EU Beauftragten die aus ihrer Sicht notwendigen Arbeitskräfte für den EU Binnenmarkt auswählen. Alle anderen sollen dann wieder zurück in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Die „Ausreisezentren" sind für jene Menschen die bereist in der EU sind. Da hier nach wie vor die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht eindeutig sind, wurden diese rechtsfreien Grauzonen geschaffen.

Immerhin wurden inzwischen einige Menschen aus dem Lager herausgeklagt. In den Urteilen wurde die Institution Ausreiszentrum jedoch nicht in Frage gestellt.

Die Menschen im Lager selbst organisieren den Widerstand gegen die Bedingungen unter denen sie leben müssen. In Halberstadt sind sie isoliert. Es gibt nur sehr wenige Menschen die sie in dieser Stadt unterstützen. Im Rahmen der Mobilisierung gegen den G 8 Gipfel wird es durch die Flüchtlinge Aktionstage und Veranstaltungen geben.

Initiative zur Schließung des Abschiebelagers

- Im April wird es in der Nähe von Magdeburg ein stilles Gedenken an John Williams geben. -

* Residenzpflicht – Für die Flüchtlinge werden Gebiete bestimmt, in denen sie sich aufhalten dürfen. Diese Maßnahme betrifft alle Flüchtlinge in der BRD und ist in der EU einmalig.

VS- Anquartschversuch in Magdeburg

Am 1. März 07 wurde ein Aktivist der Magdeburger Linken durch zwei (uns bekannte) Verfassungsschutz- Büttel angequatscht.
Dies spielte sich folgendermaßen ab: Der Genosse befand sich auf dem Rückweg von einem Arztbesuch, mit seinem Fahrrad, als er in der Nähe der Praxis von 2 Schlapphüten in zivil angehalten wurde. Sie stellten sich vor als Mitarbeiter des Ministerium des Inneren/ Abteilung Verfassungsschutz, und sprachen unseren Genossen mit seinem vollen Namen an. Unserem Genossen wurde die Situation schnell klar und er wollte seinen Weg ohne eine Antwort fortsetzen. Daraufhin wurde er von einem der Berufsschnüffler am Arm festgehalten. Unser Genosse riß sich los. Die VS´ler fragten verärgert:"Hast du nur keine Zeit oder kein Interesse?". Darauf erwiderte der Genosse deutlich, er habe kein Interesse. Dann fuhr er mit seinem Fahrrad weiter.
Dieser Vorfall ist ein weiterer Angriff auf unsere Strukturen und wird auch als dieser verstanden.

Wir bitten alle Leute aus Magdeburg und Umgebung, denen in letzter Zeit ähnliches passiert ist (oder noch passieren wird), sich unter folgender E-mail Adresse mit uns in Verbindung zusetzen: VS_aufloesen@web.de

Räumt die Verfolgungsbehörden, statt linke Hausprojekte!
Keine Zusammenarbeit mit Repressionsorgane und Klassenjustiz!
Anna und Artur halten´s Maul!
Geheimdienste auflösen!

Erlebnisbericht zur Podiumsdiskussion des Magdeburger Anti G8 Bündnis

Am Mittwoch, dem 31.01.07, fand die durch das Anti-G8 Bündnis Magdeburg organisierte Podiumsveranstaltung "Kapital. Macht. Krieg" statt. Der Veranstaltungsort war diesmal ein ehemaliges Kino in Magdeburg Stadtfeld. Schon früh füllte sich der Saal mit Menschen aus unterschiedlichsten Spektren. Über 90 Menschen nutzten die Gelegenheit sich über die verschiedenen Gruppen und Bewegungen zu informieren.

Denn Ziel war es zum einen für den kommenden G8-Gipfel eine Mobilisierung auch in Magdeburg zu erreichen und zum anderen die Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Einzigartigkeiten der eingeladenen Strömungen aufzuzeigen. Eingeladen waren dazu ATTAC (Ortsgruppe Magdeburg), das AntiG8 Bündnis "für eine revolutionäre Perspektive", sowie ein " Mensch vom Dissent – Netzwerk" (aufgrund von basisdemokratischen und dezentralistischen Prinzipien besitzt dieses Netzwerk keine offiziellen SprecherInnen und VertreterInnen) und als Moderator ein Vertreter vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND).



*Ankündigungstafel am OLI / 30.1.07

Gleichzeitig zu der Podiumsdiskussion gab es viele Info-Tische der Gruppen vom Anti-G8 Bündnis Magdeburg und den teilnehmenden Organisationen. Dort gab es (kostenlose) Broschüren, Bücher, Infomateralien, Aufnäher, Klamotten und und und …

Als Einleitung wurde ein Kurzfilm zu den G8 und Imperialismus gezeigt, mit welchem ein gutes Übergleiten in die Thematik ermöglicht wurde (praktisch, so eine Kinoleinwand wäre was fürs Wohnzimmer). Nachdem die Podiumsgäste und deren Organisationen sich selbst vorstellen konnten, begann die Moderation gezielt Fragen zu stellen. In einen zeitlich abgesteckten Rahmen konnten die VertreterInnen ihre Beiträge und Antworten formulieren. In diesen ging es hauptsächlich um die Anti-G8 Mobilisierungen und deren inhaltliche Schwerpunkte. Es kristallisierten sich zwar einzelne Gegensätzlichkeiten, doch konnten auch einige Gemeinsamkeiten und eine wichtige Zentralaussage zusammengefasst werden: Wichtig ist nicht die Art des Widerstandes, sondern die Tatsache das es welchen gibt.

Während der anfänglichen Diskussion wurde Fragen des Publikums schriftlich gesammelt.

Nach einer kurzen Pause wurden diese Publikumsfragen an die ReferentInnen gestellt. Dabei ging es u.a.um die Vorstellung konkreter Aktionen, sowie die Einschätzung einer Perspektive nach dem G8 Gipfel.

Danach konnten zwei VertreterInnen des Anti-G8 Bündnis Magdeburg ihre Beweggründe für diese Veranstaltung darstellen. Abschließend wurde noch eine PowerPoint Präsentation rund um den Bau des “Sicherheitszaunes” um Heiligendamm und deren Überwindung gezeigt.
Gegen 22 Uhr wurde die Veranstaltung beendet.
Fazit:
Gelungene Veranstaltung, hohes Interesse, viele Infotische und Diskussionen. Viele Menschen aus unterschiedlichsten Spektren, vom Bürgi bis zur Punkerin. Es wurde ein guter Überblick über die kommenden Proteste gegen die G8 und ihre Verbündeten vermittelt, sowie eine linksradikale Perspektive in diesem Widerstand eröffnet.
Obwohl am Anfang der Diskussion zwei Vertreter der anti-deutschen Fraktion deutlich dem Saal verwiesen wurden, lief alles in allem gesehen relativ ruhig ab.
Diese Veranstaltung soll den Auftakt für weitere Aktionen gegen Imperialismus und G8 darstellen. Im März wird es eine Aktionswoche des Anti-G8 Bündnis Magdeburg geben. Rund um den Frauenkampftag, dem Tag der politischen Gefangenen und zum Jahrestag des Beginns des Irakkrieges werden Infoveranstaltungen, Demos, etc. stattfinden.
Folgende Veranstaltungen werden stattfinden:



08.03.07, 18 Uhr, im BUND
(Olvenstedter Str.10, 39108 Magdeburg)
Infoveranstaltung :
„Zwangprostitution und Frauenhandel“
mit Referentinnen der Frauenberatungsstelle VERA

11.03.07, 16 Uhr, im BUND
Gemeinsame Infoveranstaltung mit der Irlandgruppe OMEGA und friends of Ireland (FreundInnen Irlands):
“Die aktuelle Situation in Nordirland”
Die Geschichte gerade des jüngeren Nordirland-Konflikts - dort “Trouble” genannt - seit 1969, ist auch die Geschichte von Internierungen, Folter von Gefangenen, entwürdigenden Nacktuntersuchungen (”Strip searches”) von weiblichen Gefangenen und den Kämpfen von Gefangenen Es gibt eine Parole der aufständischen Bevölkerung: “Until all are free we are all imprisoned”, was frei übersetzt etwa heisst: “Bis wir alle frei sind, werden wir alle im Knast sein.” Fast jede Familie von der nationalistischen oder republikanischen Bevölkerung hatte Verwandte im Knast.

23.03.07, 18 Uhr, Ort noch unklar
Infoveranstaltung zur aktuellen Situation im Irak. Es werden Genossen aus dem Irak über die Entwicklungen dort berichten (mehr Infos in Kürze auf www.intersol-md.org)

Text von der KPD/ ML



Kampf gegen den Faschismus ist Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus

„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen." (Max Horkheimer)

Eine Theorie, die die grundsätzlichen sozialen Voraussetzungen des Faschismus, seine Verwurzelung in der kapitalistischen Produktionsweise nicht zu sehen vermag, die Widersprüche dieser Produktionsweise nicht zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht, und das aus ihnen hervorgehende Bedürfnis nach einer gewaltsamen gesellschaftlichen Regelung ignoriert, steht der Gefahr des aufkommenden Faschismus hilflos gegenüber. Sie wird ihn nicht verhindern können, da sie ihn nicht erklären kann.
Was ist Faschismus?

Der Faschismus hängt aufs engste mit dem Kapitalismus zusammen - er ist eine besondere Form der Herrschaft des Bürgertums über die Arbeiterklasse und die Werktätigen - diese Herrschaft ist im imperialistischen Stadium des Kapitalismus in den Händen der Gruppe des Finanzkapitals - er ist eine Herrschaftsform des Finanzkapitals. Der Machtantritt des Faschismus ist eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie - der bürgerlichen Demokratie durch eine andere Form - durch die offene terroristische Diktatur.
Der für den Faschismus kennzeichnende Terror gegen die Arbeiterklasse und andere ist in der bürgerlichen Demokratie nicht die Hauptmethode zur Niederhaltung der Volksmassen.
Gewiss wendet auch der bürgerlich-demokratische Staat vereinzelt terroristische Methoden an, doch übt er die Herrschaft in erster Linie durch Täuschung der Massen, durch demagogische Propaganda aus. Auch der Faschismus an der Macht versucht die Massen demagogisch zu beeinflussen, doch herrscht er in erster Linie durch offenen Terror. Der Machtantritt des Faschismus ist ein QUALITATIVER SPRUNG, die Ersetzung einer Staatsform durch eine andere. Es ist keineswegs so, dass die bürgerliche Demokratie aufgrund ständiger Verschärfung der reaktionären, terroristischen Maßnahmen nahtlos in den Faschismus übergeht. Es ist daher falsch und gefährlich, wenn man aus – berechtigtem – Zorn über diese oder jene reaktionäre Maßnahme des Staates sagt: „Das ist Faschismus, schlimmer kann es nicht mehr kommen." Es kann eben durchaus schlimmer kommen, und zwar qualitativ schlimmer. Andererseits findet heuer ein Prozess statt, den man als Faschisierung bezeichnen könnte, d.h. der Faschismus wird im Schoße der bürgerlichen Demokratie

vorbereitet. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise, die zwangsläufig auch eine Zuspitzung der Klassenwidersprüche bewirkt, beschränkt die Möglichkeiten des Finanzkapitals, mit Demagogie, Zugeständnissen und Betrugsmanövern zu arbeiten und veranlasst das Finanzkapital, nach neuen Mitteln und Wegen zur Sicherung ihrer Klassenherrschaft Ausschau zu halten.

Faschisierung: Mit der Kennzeichnung dieses Prozesse als Faschisierung wird der Zusammenhang zwischen reaktionären Entwicklungen innerhalb der bürgerlichen Demokratie und der Gefahr des Faschismus herausgestellt. Es wird deutlich gemacht, dass der Faschismus im Rahmen der Demokratie vorbereitet, von den reaktionärsten Kreisen systematisch darauf hingearbeitet wird.
Faschisierungsmaßnahmen sind:
- Die Notstandsgesetze
- Ausbau der staatlichen Unterdrückungsapparate und der Spitzelapparate
- §§ 129, 129a und 129b
- Große und kleine Lauschangriffe
- Der gläserne Mensch
- Antikommunistische Hetze, Hetze gegen Links
- Terrorhysterie, internationale Militäreinsätze
- Ständige Steigerung und Aufrüstung des Gewaltmittel
- Die Hartz-Gesetze

Welche Rolle spielen die Neonazis? Welchen Nutzen haben diese für die Bourgeoisie?
Die Verharmlosung, Duldung und Förderung der Neonazis seitens des Staates hat bekanntlich System:
Die Hetzpropaganda der Faschisten bereitet den reaktionären Bestrebungen innerhalb der herrschenden Klasse den Boden. Gegen die antifaschistische Linke, gegen die Arbeiterbewegung sollen die reaktionärsten Stimmungen und Vorurteile mobilisiert werden mit Methoden, die von der Bourgeoisie und ihren etablierten Politikern noch nicht


Der Schoß ist fruchtbar noch...

(oder nur ausnahmsweise) offen angewandt werden, weil sich dies gegenwärtig äußerst negativ beispielsweise auf die überwiegend noch als notwendig erachtete Zusammenarbeit mit den reformistischen Gewerkschaftsführern (DGB) und auf die Integrationsfähigkeit des bürgerlich-parlamentarischen Systems im allgemeinen auswirken würde.
Die Fascho-Org`s haben zwar heute keinen Massencharakter, verfügen aber über eine äußerst fanatisierte Anhängerschaft. Das macht sie für die Herrschenden verwendbar für jene Drecksarbeit, für die sich die etablierten bürgerlichen Kräfte einstweilen noch zu fein sind: als terroristische Stoßtrupps gegen die Arbeiterbewegung, gegen Linke, gegen die verschiedensten demokratischen Bewegungen.
Schließlich gibt die Existenz der Fascho-Org's der Regierung und der Bourgeoisie die Möglichkeit, sich im Kampf gegen die Arbeiterbewegung und die Linken als „demokratische Mitte" zu gebärden. Welche Maßnahme zum Ausbau des staatlichen Gewaltapparates, welches Gesetz zur Verschärfung der politischen Unterdrückung wäre seitens der Herrschenden nicht mit der Notwendigkeit der „Verteidigung der Demokratie gegen den Links – und Rechtsextremismus" „begründet" worden?
Aus all diesen Gründen muss man diese offen faschistischen Gruppen trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche ernst nehmen, kommt ihnen schon heute für die herrschende Klasse eine wichtige Funktion im Gesamtkomplex der Faschisierung zu. Deshalb: breite Massenbewegung für deren Verbot.
Die faschistische Ideologie selbst kann im Kapitalismus nicht verboten werden. Dazu müsste der materielle Boden entzogen werden, der sie hervorbringt. Wer den Rassismus besiegen will, der muss den Kapitalismus beseitigen wollen, mitsamt der mörderischen Konkurrenz zwischen Menschen, die er erzeugt; der muss danach streben, dass Menschen als Menschen zählen und nicht nur als Ware Arbeitskraft, die auszubeuten ist. Die Pseudotheorie von der „Ungleichwertigkeit der Menschen" ist Kernstück aller Faschisten, aber auch Kernstück der Ideologie des Kapitals. Kampf gegen den Faschismus ist deshalb ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus.
Ein Verbot aller Naziorganisationen würde diese erheblich zurückwerfen:
*Wenn ihre Veranstaltungen, Kundgebungen verboten würden, fiele es ihnen schwerer, ihre Mitglieder zu halten bzw. neue zu gewinnen. Wenn sie keine Zeitungen mehr an Kioske/Supermärkte usw. verkaufen dürfen, sie also ihre Hetze nicht mehr unters Volk bringen dürfen, würde es ihnen schwerer fallen, den Faschismus als Ideologie salonfähig zu machen.
Vorteile aus ihrer Legalität fielen weg:
* Der Polizeischutz während ihrer Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen würde entfallen.

* Sie würden nicht mehr aus Steuergeldern regelrecht subventioniert werden
(Wahlkampfkostenerstattung, steuerliche Absetzbarkeit von Parteispenden usw.)
Dabei sollte klar sein, dass mit diesen Forderungen nicht eine Orientierung auf die Parlamente stattfinden darf. Eine Verbotsforderung kann bzw. muss auch auf der Straße Nachdruck verliehen werden, was praktische und konkrete antifaschistische Aktionen einschließt.
Wir fordern, dass jeglicher Polizeischutz von Naziveranstaltungen sofort eingestellt wird! Wir fordern, dass faschistische Propaganda unterdrückt wird! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
Die staatliche Finanzierung aller faschistischen Parteien ist sofort einzustellen! Auflösung aller Geheimdienste! Die Bespitzelung von Antifaschisten muss beendet werden! Diejenigen, die für ihre antifaschistischen Aktivitäten bestraft wurden, müssen rehabilitiert werden! Wir fordern nicht nur das Verbot der NPD, sondern das Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen, einschließlich der DVU und der Republikaner.
Um einen neuen Faschismus zu verhindern ist ein umfassender Kampf nötig!
Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die Berliner Politiker und Parteien, über die Scheindemokratie, über den fortgesetzten Wählerbetrug usw. wächst. Wer in der jetzigen Situation noch meint, er solle allein für sich weiterwerkeln, ist schief gewickelt Wir müssen eine breite antifaschistische Aktionseinheit bilden. Alle verbliebenen antifaschistischen Kräfte - egal ob kommunistisch, autonom, sozialdemokratisch, anarchistisch, religiös - müssen zusammengeschlossen werden. Sicher es gibt untereinander negative Erfahrungen und - z.T. berechtigtes Misstrauen. Aber kann das ein Grund sein, gegenüber den Nazis zersplittert zu sein? Daran lässt sich doch arbeiten, wenn man will! Wir müssen uns ja auch nicht ständig in den Armen liegen und Bruderküsse austauschen. Nur zusammenarbeiten müssen wir.
Wir sollten ohne Vorbehalte in allen antifaschistischen Initiativen und Organisationen mitarbeiten. Und in allen diesen Initiativen und Organisationen sollen wir vor allem für die Zusammenarbeit, für die Bildung einer breiten Einheitsfront eintreten. Wir sollten dabei niemanden ablehnen, sondern allein nach seiner praktischen Haltung beurteilen.



Ein Lachen wird es sein das Euch beerdigt

Die Arbeiter, die Angestellten, die Arbeitslosen, die Jugend, die Frauen, die Rentner, die Bauern sind unzufrieden
Sie sind unzufrieden mit dieser „Demokratie", in der sie nichts zu sagen haben und „die da oben machen, was sie wollen". Sie haben die Nase voll von den leeren Versprechungen, die ihnen doch niemals Arbeit, Wohnungen, Lehrstellen usw. bringen. Die bürgerliche Presse bezeichnet das als „Staatsverdrossenheit", viele linke, fortschrittliche Kräfte aber ignorieren das. Da ist man resigniert und denkt, mit der Arbeiterklasse sei nichts mehr los. Das Gegenteil ist der Fall; es ist viel politische Bewegung unter den arbeitenden Menschen (z.B. Montagsdemos) und die Herrschenden haben das begriffen. Die Unzufriedenheit des Volkes droht, explosiv zu werden. Da kommen die Nazis mit ihren Ablenkungsmanövern gerade recht: Arbeit zuerst für Deutsche und Ausländer raus! So einfach ist das. Diese Lösungen sind primitiv und zugleich keine Lösungen. Das Kapital hat den Vorteil, es kann unbehelligt weitermachen, wie bisher, und die Unterdrückten sind dazu noch uneiniger und damit leichter beherrschbar.
Wir müssen unser Ohr bei den Menschen haben und hören, was sie bedrückt und wozu sie bereit sind. Auf dieser Grundlage müssen wir ihnen helfen, ihren Protest wirkungsvoll zu organisieren, ohne ihnen alles aus der Hand zu nehmen. Sie müssen eigene Erfahrungen und auch Fehler machen können, nur dann können sie sich entwickeln Wir müssen alles was passiert aus der Sicht des Marxismus-Leninismus erklären. Wir müssen über diese Gesellschaft und ihre Alternative, den Sozialismus, reden; denn wir wollen nicht bei einzelnen Reformen stehen bleiben. Aber wir müssen ebenso entschieden und tatkräftig für Reformen hier und heute eintreten. Wir müssen z.B. reale Möglichkeiten suchen, wie man Menschen für den Kampf um Arbeit mobilisiert und auch etwas erreicht. Das erfordert viel Einfühlungsvermögen, Geduld, Tatkraft, Phantasie für neue Wege usw. Aber nur, wenn wir den Menschen helfen, wirksam für ihre wirklichen Interessen oder zumindest ein Teil davon zu kämpfen, haben sie es nicht mehr nötig den demagogischen Scheinlösungen der Nazis hinterherzurennen. Nur dann sind sie wieder offen zu fortschrittlichen, revolutionären Ideen.

DIESER KAMPF UM DIE SOZIALEN PROBLEME IST DER WICHTIGSTE BEITRAG IM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF, DENN ER RICHTET SICH GEGEN DIE WURZELN DES FASCHISMUS, DEN KAPITALISMUS, UND ENTREIßT IHM ZUGLEICH SEINE DEMAGOGISCHE SCHEINLEGITIMATION FÜR DIE MASSEN EINZUTRETEN.
Der Aufbau der Kommunistischen Partei im Feuer des Klassenkampfes ist heute die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse. Die Avantgarde des Proletariats wird die bewußtesten Kräfte an sich ziehen und den Faschismus am entschiedensten entgegentreten. Erst der Sozialismus wird die Wurzeln des Faschismus beseitigen und auf den Müllhaufen der Geschichte verbannen.
KPD/ML Magdeburg

Neue Entwicklungen im Fall Oury Jalloh - Prozeß gegen die Mörder beginnt im März

Text von der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh Halle



Am 27.03. 2007 beginnt nach mehr als zwei Jahren nach dem Tod von Oury Jalloh endlich der Prozess gegen die verantwortlichen Polizisten vor dem Landgericht Dessau. Wir sagen endlich, da bereits im Februar 2005 bekannt wurde, dass Oury Jalloh entgegen gängiger Rechtsvorschriften an der Pritsche mit Händen und Füßen fixiert wurde. Dass andererseits der Dienstgruppenleiter Andreas S. und der Arzt Andreas B. vermeintlich gefestigte Rassisten sind, war der Öffentlichkeit spätestens im Juni 2005 bekannt. Andreas S. war es, welcher sich durch die Schreie des sterbenden Oury Jalloh belästigt fühlte und mehrfach(!!) die Gegensprechanlage zur Zelle 5 abschaltete. Die Anklage gegen die beiden Polizisten jedenfalls liegt seit dem Mai 2005 vor.
Am 27.03. 2007 beginnt nach mehr als zwei Jahren nach dem Tod von Oury Jalloh endlich der Prozess gegen die verantwortlichen Polizisten vor dem Landgericht Dessau. Wir sagen endlich, da bereits im Februar 2005 bekannt wurde, dass Oury Jalloh entgegen gängiger Rechtsvorschriften an der Pritsche mit Händen und Füßen fixiert wurde. Dass andererseits der Dienstgruppenleiter Andreas S. und der Arzt Andreas B. vermeintlich gefestigte Rassisten sind, war der Öffentlichkeit spätestens im Juni 2005 bekannt. Andreas S. war es, welcher sich durch die

Schreie des sterbenden Oury Jalloh belästigt fühlte und mehrfach(!!) die Gegensprechanlage zur Zelle 5 abschaltete. Die Anklage gegen die beiden Polizisten jedenfalls liegt seit dem Mai 2005 vor.

Am 27.03. 2007 beginnt nach mehr als zwei Jahren nach dem Tod von Oury Jalloh endlich der Prozess gegen die verantwortlichen Polizisten vor dem Landgericht Dessau. Wir sagen endlich, da bereits im Februar 2005 bekannt wurde, dass Oury Jalloh entgegen gängiger Rechtsvorschriften an der Pritsche mit Händen und Füßen fixiert wurde. Dass andererseits der Dienstgruppenleiter Andreas S. und der Arzt Andreas B. vermeintlich gefestigte Rassisten sind, war der Öffentlichkeit spätestens im Juni 2005 bekannt.



Andreas S. war es, welcher sich durch die Schreie des sterbenden Oury Jalloh belästigt fühlte und mehrfach(!!) die Gegensprechanlage zur Zelle 5 abschaltete. Die Anklage gegen die beiden Polizisten jedenfalls liegt seit dem Mai 2005 vor. Und seit Juli 2006 ist der Öffentlichkeit das Gutachten des Feuerwehrtechnischen Instituts bekannt, welches abermals feststellte, dass Oury Jalloh noch leben könnte, wenn die Polizisten eher eingegriffen hätten. Im November 2006 verweigerte dann das Landgericht Dessau die Aufnahme eines Prozesses. Erst das Oberlandesgericht Naumburg widersprach im Januar 2007 dem Landgericht Dessau und machte den Weg für die Eröffnung des Prozesses frei. Zunächst gegen den Dienst-

gruppenleiter Andreas S., seit Februar 2007 ist nun auch ein zweiter Polizist angeklagt.
Nicht zuletzt versuchten die Dessauer Behörden den direkten Weg staatlicher Zensur, indem die Initiative Oury Jalloh Halle eindringlich von Dessauer Polizei und Staatsschutz im Januar 2005 aufgefordert wurde, diesen oder jenen Inhalt von ihrer Website www.oury-jalloh.tk zu entfernen. Gelungen ist ihnen das bekanntlich nicht.
Somit wird deutlich, dass zunächst mindestens die Staatsanwaltschaft, welche nur schleppend ermittelte und das Landgericht Dessau, welches die Anklageerhebung ablehnte, sich enorm bemühten, um einen Prozess gegen ihre zwei Schützlinge verhindern zu können. Die seit Januar 2005 stattfindenden Ermittlungsarbeiten und Anklageerhebungen erweckten damit immer wieder den Eindruck von Vertuschungsabsichten (der Staat beschützt ja bekanntlich seine Staatsdiener). Eine Dessauer Bürgerin bringt es im Film der Oury-Jalloh- Demo am 1.4. 2006 auf den Punkt: "Es ist eindeutig: Man will, dass die zwei Polizisten nicht mal angeklagt werden. Wenn es irgendwie einen Weg gibt, möchte man sie nicht mal vor Gericht stellen. Man soll alles vergessen, was schon offen gelegt wurde."
Und selbst aus den eigenen Reihen wurden die schleppenden Ermittlungen bereits Anfang Februar 2005 ktitisiert. Ein Misstrauen gegenüber den staatlichen Ermittlungsbehörden ist hier also nicht nur angebracht sondern geradezu notwendig!
Deshalb rufen verschiedene Dessauer Akteure und die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh zur kritischen Begleitung des Prozesses auf. Im Zusammenhang mit der Prozessbeobachtung kam es aber in den letzten Tagen zu Missverständnissen, so dass wir hier noch mal die verschiedenen Spendenaufrufe und Aufrufe zur Prozessbeobachtung erwähnen und zuordnen wollen.

Prozessbeobachtung durch internationale Delegation

Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh wird den Prozess kritisch mit einer internationalen Delegation begleiten. Diese internationale Delegation wird sich aus acht bis zehn Sachverständigen zusammensetzen, die den Prozess intensiv verfolgen und eine eigenständige Pressearbeit machen werden. In diesen Zusammenhang bittet die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh mit ihrem Spendenaufruf vom 19.02. 2007 um Spenden für die Arbeit dieser internationalen Delegation. Durch Spenden sollen Anreise und Unterkunft der internationalen DelegationsteilnehmerInnen gewährleistet werden. Spenden für die Arbeit der internationalen Delegation gehen auf folgendes Konto:

Antirassistische Initiative
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 3039600
BLZ: 100 205 00
Stichwort: Dessau
Prozessbeobachtung und Vertretung der Nebenklage durch Familie von Oury Jalloh

Die Mutter von Oury Jalloh wird als Vertreterin der Nebenklage den Prozess verfolgen. Sie und der Halbbruder Oury Jallohs müssen dafür aus Guinea anreisen. Zur Deckung der anfallenden Reisekosten von insgesamt 3000 € rufen verschiedene Dessauer Akteure zu Spenden auf. Spenden für die Reisekosten der Mutter und des Halbbruders von Oury Jalloh sollen auf folgendes Konto gehen:

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt
Sparda Bank Magdeburg
Konto-Nr.: 8 44 62 70
BLZ: 12 09 65 97
Stichwort: Reisekosten Familie Jalloh

Prozessbeobachtung durch alle!

Neben der internationalen Delegation sollen natürlich auch interessierte Menschen den Prozess kritisch begleiten. **Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh ruft deshalb alle Menschen auf, an den 4 Verhandlungstagen vom 27.3.-30.03. 2007 vort Ort zu sein.** Damit soll nach den Worten der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh die notwendige kritische Genauigkeit, Transparenz und Konsequenz des Prozesses gewährleistet werden.





Diskussionsbeitrag für einen revolutionären 1. Mai 07 in Magdeburg

Der 1. Mai ist international ein historischer Ausdruck von Klassenkampf. An diesem Tag erheben weltweit die Unterprivilegierten, die Arbeiterklasse und die Armen ihre Stimme um für ein besseres Leben zu kämpfen.
Auch in Deutschland hat der 1.Mai eine lange Tradition, obwohl diese seit vielen Jahren wohl immer weniger im Kämpfen liegt. Doch genau darin können wir eine Lösung finden, für die Probleme die uns die Arbeitslosigkeit oder auch die vorhandenen Arbeitsbedingungen aufzwingen.
Die Bedeutung des 1.Mai ist seine weltumspannende Kraft. An diesen Tag gehen Millionen Menschen auf die Straße um Widerstand gegen die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse zu leisten. Ob in Berlin, Stuttgart, Nürnberg, London oder Istanbul, überall melden sich die Unterdrückten zu Wort.
(Beispiel Ort und Hintergrund)
Neben all den unmittelbaren Aktivitäten dürfen wir jedoch nicht die Perspektive, die alle diese Kämpfe verbinden muss, aus dem Auge verlieren. Das Grundproblem ist eben ein System, das auf Kapital-Verwertung und Konkurrenz beruht. Ein System, das darauf aufbaut, dass eine reiche Minderheit, die die Produktionsmittel besitzt, die nicht reiche Mehrheit ausbeutet, manipuliert und unterdrückt. Der Interessen der Bevölkerung wird wenig Beachtung geschenkt, es wird gespart, gekürzt, Arbeitszeitverlängert und unsere Rechte eingeschränkt.
Erfahrungsgemäß fällt der Widerstand des DGBs dagegen recht schnell zusammen, da die Basis von den Funktionären immer wieder zurückgepfiffen wird.
Lasche Reden, lahme Beteiligung und laues Bier - so werden auch in diesem Jahr die Mai-Feiern der DGB - Führung aussehen. Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften werden wie in den Jahren zuvor Sozialabbau, Neoliberalismus und "Turbokapitalismus" anprangern und trotzdem ihre Bereitschaft zur "Rettung des Standorts Deutschland" und zu "weiteren Reformen" beteuern. Diese Politik hat in den letzten Jahren zu immer mehr Zugeständnissen und Niederlagen, zu Lohnverlusten, Tarifbruch, Ausweitung des Billiglohnsektors und Massenentlassungen geführt und die Kampfkraft der Gewerkschaften unterhöhlt. Auch die Montagsdemos wurden vom DGB nicht oder allenfalls halbherzig unterstützt, so dass die große Chance, Arbeitslose und Beschäftigte im Kampf zusammenzuführen und ihnen einen weitergehende politische Perspektive zu weisen, vertan wurde.
Hinter dieser Politik des Zögerns, des Demobilisierens, des Ausverkaufs stecken nicht einfach Feigheit oder Dummheit; dahinter steckt eine politische Strategie. Diese lehnt jede Systemalternative ab. Es ist eine Logik, die Klassenkampf und Mobilisierungen verhindern will, oder höchstens als Druckpotential zum Erreichen von scheinheiligen Kompromissen ansieht. Damit ist es unsere Aufgabe für eine Verbesserung unserer Lebensverhältnisse einzutreten. Denn die Profiteure dieses Systems werden immer nur dort Geld einsparen wo sie selbst nicht betroffen sind und keine Gelegenheit auslassen sich zu bereichern.

Einer der Erfinder der staatlich organisierten Armut, Peter Hartz, ist ein Symbol für

Korruption und Schieberei. Durch seine Ideen wird Menschen willkürlich das Geld entzogen und sie werden damit in ihrer Existenz bedroht. Doch seine kriminellen Machenschaften bringen ihn nicht ins Gefängnis, dort wo heutzutage Menschen schon wegen Schwarzfahren einsitzen. Denn wer reich ist, für den gelten andere Gesetze.
Mit Hartz 4 wurden keine neuen Jobs geschaffen, sondern lediglich die Arbeitslosen weiter entrechtet und viele in Armut gestürzt sowie der Druck auf die noch Beschäftigten erhöht. Die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Erhöhung des Rentenalters, die Kürzungen bei Löhnen und Renten, verschärfen für Millionen die Lebenssituation, zugunsten der Profite des Kapitals. Die Folgen hiervon sind nun immer stärker auch im "ruhigen Hinterland" des Kapitals, den Ländern die bisher als Musterbeispiele der "sozialen Marktwirtschaft" galten, spürbar und führen zu zahlreichen Protesten.
So verschieden die Konflikte zu sein scheinen, sie haben die gleiche Ursache: Die Wirtschaft soll durch weniger Ausgaben für Staat und Kapital sowie durch die intensivere Ausbeutung der Beschäftigten angekurbelt werden. Dass die großen Unternehmen und ihre Bosse und Manager bereits riesige Gewinne einfahren, spielt dabei keine Rolle. Entscheidend ist vielmehr dass tendenziell kein Cent zuviel für die Beschäftigten ausgeben wird, wenn er irgendwie eingespart werden kann. Die stetige Umsetzung all dessen ist der grundlegende "Sachzwang" im Kapitalismus. Mit zunehmender Verschärfung der internationalen Konkurrenz und der Aufteilung der weltweiten Rohstoff- und Absatzmärkte zwischen den Großunternehmen der Industrienationen, wird diese Entwicklung immer tief greifender und immer aggressiver umgesetzt.
Der verschärften Ausbeutung und Aufrüstung nach innen steht die ungebrochene Aufrüstung nach außen gegenüber. Der Export von Kriegswaffen hat sich schon im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr vervierfacht, deutsche Soldaten führen Krieg in aller Welt. In den internationalen Organisationen, die diese Kriege führen und billigen, nimmt das Gewicht Deutschlands zu. Die Wirtschaftsmacht BRD ist mit der G8 im Rücken längst eine Militärmacht, die ihre wirtschaftlichen Interessen auch militärisch international durchsetzen kann
Die steigenden Rüstungsausgaben und Bundeswehreinsätze (zum Beispiel die Tornado - Kampfeinsätze im Süden von Afghanistan oder die Seeraumüberwachung vor der Küste des Libanons) machen deutlich dass die Kapital-Interessen nach außen auch zukünftig durch imperialistische Krieg umgesetzt werden sollen.
Dem imperialistischen Generalangriff der G8 und ihrer Verbündeten, dürfen wir daher keine "nationale" Perspektive entgegensetzen. Stattdessen brauchen wir einen internationalen Widerstand um unsere Situation zu verbessern.
Genau hierfür ist der 1.Mai ein wichtiges Symbol. Er steht seit weit mehr als 100 Jahren als internationaler Kampftag des Proletariats für eine Perspektive jenseits der Ausbeutung des Kapitalismus. Wir müssen besonders am 1. Mai betonen, dass wir die Versuche der Kapitalisten und ihrer Regierungen, die Lasten ihrer krisenhaften Wirtschaftsordnung auf uns abzuladen, satt haben.
Doch können wir diese Barbarei nur dann wirklich bekämpfen, wenn wir ihr System in Frage stellen.

Es wird Zeit das wir auch hier in Magdeburg die Tradition und Bedeutung des 1. Mai wieder aufleben lassen. Schon im letzten Jahr demonstrierten in Magdeburg zum ersten Mal auch wieder Menschen die diesen Tag nutzten um ihre Unzufriedenheit zu bekunden. Daran wollen wir anknüpfen und ein möglichst breites Spektrum an antikapitalistischen und antifaschistischen Initiativen ansprechen. Wir sehen unsere Demo nicht als Konkurrenz zur DGB-Veranstaltung und der revolutionären 1.Mai Demonstration in Berlin, sondern als Ergänzung.

Internationale AntifaschistInnen, Februar 2007

*In den nächsten Wochen wird sich ein Vorbereitungskreis für den 1. Mai in Magdeburg treffen. Beteiligt euch zahlreich an der Vorbereitung und diskutiert in euren Zusammenhängen.

*Nach der Demo in Magdeburg könnte bei Interesse nach Berlin gefahren werden, um dort den 20. Jahrestag des Kreuzberger Aufstandes noch feiern zu können

G8- Sicherheitskonzept

Vom 6. -8. Juni findet der G8- Gipfel- das Treffen der Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans, Großbritannien, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Russlands- in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste statt.
Nicht nur ein Treffen der stärksten Industrienationen, es werden sich Menschen aus aller Welt beteiligen, um zu zeigen, dass die Delegitimierung des G8 schon längst kein Soll, sondern mittlerweile ein Muss ist. Der G8 findet zwar nur einmal im Jahr statt, jedoch spiegeln sich die Auswirkungen und Folgen des Gipfeltreffens auf der ganzen Welt in allen sozialen Schichten wieder.
Allein deshalb ist es Notwendig, dass Gipfeltreffen zu blockieren, zu verhindern und letztendlich ganz ab zuschaffen.
Die Mobilisierung wird von Gruppen auf der ganzen Welt getragen und somit steht auch ein umfangreicher Aktionsplan für die Woche vom 1. Juni bis 9. Juni.

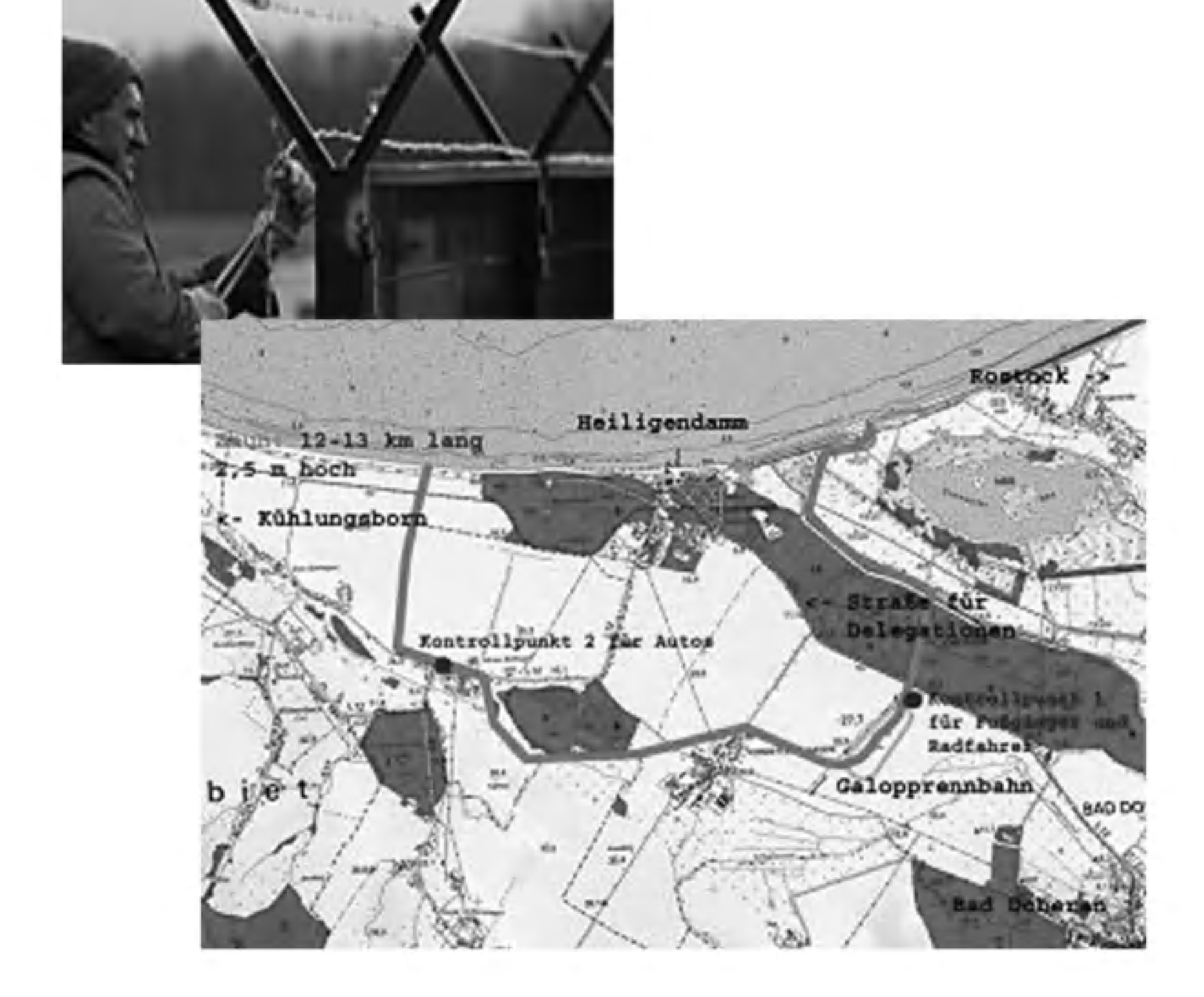
Die Choreografie des Widerstandes

Fr, 1.6.	Sa, 2.6.	So, 3.6.	Mo, 4.6.	Di, 5.6.	Mi, 6.6.	Do, 7.6.	Fr, 8.6.
					G8 – Gipfel		
Internationales Aktionscamp							
	Großdemo in Rostock	Aktionstag Landwirtschaft	Aktionstag Migration	Aktionstag gegen Militarismus, Krieg, Folter, ...		Demonstrationen	Schlusskundgebung?
		Neubesiedelung Bombodrom		Blockade Flughafen Laage	(Massen-)blockaden der Zufahrten nach Heiligendamm		
		Inhaltlicher Auftakt / opening event	Weitere Veranstaltungen	Gegengipfel / Alternativgipfel			
Vorprogramm?	Konzert am Platz der Abschlusskundgebung		Kultur beim/im Camp			Konzert mit Grönemeyer	
		Gottesdienst in Doberan			„Heiliger Damm"		

bei militanten Aktionen erwähnt. Jedoch kann und muss man sich auf massive Repressionen einstellen.

Zum Schluss noch ein paar genaue Daten zum Zaun. Der 2,5 m hohe und 12-13km lange Zaun verläuft um Heiligendamm beginnend bei der Jemizter Schleuse (zwischen Heiligendamm und Börgerende), dem Lauf des Mühlenfließ folgend, den Großen Wohld auf der Höhe der Galopprennbahn durchquerend und die Straße nach Heiligendamm kreuzend. Der Zaun verläuft dann gen Norden in Richtung Molli und endet am Kinderbadestrand. Diese Zone wird von der Landespolizei unterhalten.

Die Kosten des Zaunes belaufen sich auf ungefähr 12,5 Mio. € und insgesamt werden rund 500 Tonnen Stahl verwendet. Ein Meter kostet ca. 1000 € und jedes einzelne Zaunelement wiegt 75 kg, ist 2,5 Meter hoch und 2, 45 Meter breit. Jeder Block ist 900kg schwer und ist angeblich zusätzlich noch im Boden verankert. Auch ein Unterkriechschutz von 50 cm wird vorhanden sein. Zusätzlich sollen Bewegungsmelder, Videokameras und Mikrophone installiert werden.



An dieser Stelle mal etwas anderes:
Vegane Rezepte (sponsored by USK Magdeburg)

Sonnenblumenkernaufstrich

100g Sonnenblumenkerne; 70g schwarze Oliven, ohne Kern; 30g Kapern,
3 El Sonnenblumenöl; 1 Knoblauchzehe gepresst;
Pfeffer Sonenblumenkerne ohne Fett anrösten, abkühlen lassen und fein hacken.
Oliven grob hacken, mit Kapern und Öl pürieren, Sonnenblumenkerne unterrühren, mit Knoblauch und Pfeffer würzen.
Mindestens 1 Stunde ziehen lassen!

Indisches Linsengericht

(je nach auslegung: für ca. 6-8 hungrige Personen)
500g braune Linsen einweichen (Wasser mehrmals wechseln).
Später (ca. 24 Stunden), kochen dazu ne riesige Menge Zwiebeln,
Würzen mit Ingwer, Kreuzkümmel, Knoblauch
500g Reis kochen
mit Salz und Curry abschmecken

beide Komponenten zum Schlusz gemeinsam anbraten

Dazu Salat reichen...



:::TERMINE:::

08.03.07

18 Uhr im BUND (OlvenstedterStr. 10. 39108 Magdeburg)
Infoveranstaltung zum internationalen Frauenkamoftag zum Thema "Frauenhandel und Zwangsprostitution"

11.03.07

16 Uhr im BUND
Eine Gemiensame Info-veranstaltung der Gruppe Omega und friends of ireland: Film und Vortrag zur aktuelle Situation in Nordirland, politische Gefangene und Frauenkämpfe.



18.03.07

Internationaler Kongreß zum Tag der politischen Gefangenen in Berlin (siehe Aufruf)

23.03.07

19 Uhr, Ort noch unklar
Infoveranstaltung zur der-zeitigen Situation im Irak, mit ReferentInnen aus dem Irak

25.03.07

14 Uhr, Alexanderplatz, Großdemo in Berlin
"Nein zum Europa des Kapitals! Stoppt die Militarisierumg der EU!
(infos unter: www.contra-eu-2007.tk)

:::ADRESSEN:::

Gruppe Internationale Solidarität [Magdeburg]

Olvenstedter Str. 10, 39108 Magdeburg
www.intersol-md.org
info@intersol-md.org

Autonome Antifa Magdeburg (AAMD)

www.aamd.de.md
autonomeantifamd@web.de



Frauengruppe Magdeburg

www.woman-voice.de.md
fightsexismMD@web.de

DKP

www.dkp-nordharz.de

KPD/ ML

39034 Magdeburg,
Postfach: 351102
www.kpd-ml.net
kpd-ml@arcor.de

Kontakt zur Rabatz Redaktion

anti.G8@web.de



www.antiG8.tk